

32. Parteitag der CDU Deutschlands

22. bis 23. November 2019, Leipziger Messe

CDU

Digitalcharta

Innovationsplattform: D

Beschluss des 32. Parteitags der CDU Deutschlands

DIGITALCHARTA INNOVATIONSPLATTFORM: D

Verteilte Systeme und offene Schnittstellen für die digitale Zukunft

I. Präambel: Christdemokratische Digitalpolitik

Digitale Technologien und Anwendungen sind heute ein zentraler Treiber für tiefgreifende Veränderungen in allen Lebensbereichen. Denn Digitalisierung eröffnet neue Handlungsräume in Wirtschaft, Gesellschaft und für jeden einzelnen Menschen. Unser Anspruch als Union ist es, diesen digitalen Wandel verantwortungsvoll und zukunftsorientiert zu gestalten. Ziel ist es, den kontinuierlichen digitalen Wandel in der Mitte unserer Gesellschaft zu verankern.

Grundlage unserer Politik ist und bleibt das christliche Menschenbild. Für uns stehen der einzelne Mensch, seine Würde und seine individuelle Freiheit im Mittelpunkt unseres Handelns, auch in der digitalen Welt. Die Grundsätze unserer Politik, unseres freiheitlichen Zusammenlebens, unseres geltenden Rechtssystems und unserer christlichen Werte gelten für uns analog wie digital. Sie prägen somit die Digitalpolitik der CDU durchgängig. Einen Zwang zur Digitalisierung bestimmter Bereiche, etwa durch die Abschaffung oder wesentliche Einschränkung von Barzahlungsmöglichkeiten, lehnen wir ab. Auch bei fortschreitender Digitalisierung der staatlichen Verwaltung muss es weiterhin die Möglichkeit einer persönlichen Vorsprache geben.

Die Digitalpolitik der CDU wird zukunfts- und lösungsorientiert ausgerichtet. Wir nutzen die Stärken und Chancen der Digitalisierung, ohne Risiken oder Probleme zu verharmlosen. Dabei werden wir auch die Kraft aufbringen müssen, bisherige eigene Entscheidungen in Frage zu stellen und neue Wege zu gehen.

Wir wollen uns bei der Entwicklung und Anwendung der Christdemokratischen Digitalpolitik an folgenden Prinzipien orientieren:

Wir gestalten Digitalpolitik für alle Menschen

Als Volkspartei wenden wir uns an alle Menschen in unserem Land. Für unsere Digitalpolitik heißt das: Wir sprechen nicht nur die junge oder nur die alte Generation an, nicht nur die „Digital Natives“ oder nur die „Silver Surfer“, nicht nur die Netz-Gemeinschaft oder nur die Offliner, nicht nur die urbane Bevölkerung oder nur den ländlichen Raum. Wir gestal-

ten eine Digitalpolitik so, dass sie die unterschiedlichen Interessen aller Menschen in unserem Land berücksichtigt. Dabei wissen wir, dass die Digitalisierung auch vielen Menschen Sorgen bereitet. Viele fühlen sich von den neuen Entwicklungen überfordert, haben Angst um ihre Daten oder sogar um ihren Job. Wir als Volkspartei nehmen diese Sorgen ernst und verschweigen auch nicht, dass durch Digitalisierung auch Jobs wegfallen werden – sowohl für gut als auch für gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gleichzeitig werden auch neue Arbeitsplätze und neue Berufsbilder entstehen, so wie es in der Vergangenheit bei technologischen Entwicklungen stets der Fall war. Dabei müssen auch neue Arbeitsplätze den arbeits- und sozialrechtlichen Standards unserer Sozialen Marktwirtschaft entsprechen.

Umso mehr kommt es darauf an, dass wir die Digitalisierung so gestalten, dass sie zum Gemeinwohl aller beiträgt. Jeder soll teilhaben können. Damit dieses Versprechen eingelöst werden kann, damit jeder die Chancen der Digitalisierung nutzen kann, ist digitale Infrastruktur als Daseinsvorsorge zu begreifen. Schnelles Internet ist heute genauso wichtig wie der Strom- und Wasseranschluss. Das bedeutet, dass in den Regionen, in denen kein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist, der Staat gemeinsam mit den Marktteilnehmern für eine entsprechende Infrastruktur sorgen muss. Dies gilt sowohl für Mobilfunk (LTE und 5G) als auch für Breitband. Wir unterstützen die Pläne der Bundesregierung, eine Versorgung von 99 Prozent der Haushalte bundesweit mit LTE bis Ende 2020 und von 99 Prozent der Haushalte in jedem Bundesland bis 2021 – also auch in Flächenländern – sicherzustellen. Unverzichtbar sind schnellere Verfahren, Investitionsverlässlichkeit, neue technische Methoden und bürokratiearme und zielgerichtete Programme. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass nur Anbieter beim Netzausbau berücksichtigt werden, die sowohl die notwendige Betriebssicherheit als auch die erforderliche Datensicherheit garantieren.

Der Mensch steht im Mittelpunkt. Digitalisierung ist nie Selbstzweck, sondern muss dem Menschen dienen. Neue Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI) oder Blockchain sowie neue digitale Entwicklungen bieten die Chance, die großen Probleme der Menschheit zu bewältigen. Ob Klimawandel, Hunger, der Umgang mit Naturkatastrophen oder Krankheiten wie Krebs oder Immunerkrankungen: Wir sind überzeugt davon, dass digitale Technologien Teil der Lösung sind. Gleichzeitig brauchen wir aber auch eine gesellschaftliche Debatte darüber, wo wir KI einsetzen wollen, sowie kluge Lösungen für die Prävention von

Diskriminierungen, die durch digitale Lösungen verstärkt werden. Transparenz und Verfahren sowie die Methode der regulierten Selbstregulierung haben dabei Vorrang vor absoluten Verboten. Die Würde des Einzelnen steht über allem. Der Überwachung des einzelnen Menschen durch den Staat (Beispiel China: „social scoring“), durch Institutionen oder Unternehmen treten wir entschieden entgegen. Ebenso lehnen wir es ab, neue Entwicklungen nur nach ihrem Nutzen zu bewerten, aber nicht nach moralischen Maßstäben. Technologie, die in Deutschland eingesetzt wird, muss unserem Grundgesetz und unseren europäischen Werten entsprechen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, bei der Gestaltung neuer Technologien wie Künstlicher Intelligenz ethische und soziale Aspekte zu berücksichtigen. So kann deutsche und europäische Technologie einen echten Vorteil und ein Gegengewicht zu rein kapitalistisch geprägter Ausgestaltung auf der einen und einer auf umfassende Staatsmacht ausgerichteten Ausprägung auf der anderen Seite sein.

Das christliche Menschenbild geht vom Persönlichkeitsprinzip aus. Wir glauben an den einzelnen Menschen mit seinen Fähigkeiten. Es bildet damit eine gute Grundlage, denn auch die erfolgreichsten digitalen Angebote in Wirtschaft und Kommunikation stellen auf dieses Menschenbild ab. Wir müssen dafür sorgen, dass dies für die staatlichen Angebote ebenso gilt.

Wir wollen ein neues bildungspolitisches Leitbild entwickeln, denn Bildung ist ein zentraler Baustein einer digitalen Gesellschaft. Sie soll Menschen befähigen, sich souverän in einer digitalen Welt zu bewegen und sich vor Gefahren weitestgehend selbst zu schützen. Vor allem soll sie helfen, digitale Möglichkeiten und Daten zum Lösen von Problemen einsetzen zu können. Als neue Schlüsselkompetenz ist Computing für alle ab der Grundschule daher unverzichtbar. Vernetztes Denken und Arbeiten, Kreativität, soziale Kompetenzen, wie die Übernahme von Verantwortung für sich und andere, sind Kompetenzen, die das Bildungssystem der Zukunft (jungen) Menschen vermitteln muss. Einen Paradigmenwechsel vollziehen wir beim lebenslangen Lernen. Die Etappen des klassischen Lebensverlaufes – Bildung/Erwerbsarbeit/Familienarbeit – werden künftig weniger nacheinander, sondern nebeneinander stattfinden. Dem tragen wir Rechnung durch ein System der individuellen Begleitung.

Ein ganz wichtiges Prinzip ist schließlich Pluralität: Jeder Mensch ist unterschiedlich. Unsere Gesellschaft ist vielfältig. Für die digitale Entwicklung heißt das, dass wir unterschiedliche Geschwindigkeiten und Ambitionen akzeptieren. Das heißt aber auch, dass wir denjenigen, die schneller vorangehen, die mehr experimentieren wollen, dies auch ermöglichen. Deshalb ist die Nutzung von Daten für Innovation wichtig, dazu müssen die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Um Datenschutz im Internet tatsächlich durchzusetzen, ist eine stärkere Datensouveränität der Nutzer erforderlich. Wir rücken den Ansatz der Datensouveränität in den Mittelpunkt für die Weiterentwicklung des Datenschutzrechts. Neue Chancen sollen durch Datenschutz ermöglicht und durch Datensicherheit, Interoperabilität, Datenportabilität und Datentreuhändertum gestaltet werden.

So sehen wir die Rolle des Staates im digitalen Zeitalter Für die CDU ist es wichtig, dass der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern als verlässlicher Staat gegenübertritt. Das gilt auch im Zeitalter der Digitalisierung. Wir wollen einen verlässlichen Staat, der die individuellen Rechte und die Freiheit jedes einzelnen Bürgers und unserer Gesellschaft schützt und sie gleichzeitig nicht bevormundet oder Chancen beraubt. Ein verlässlicher Staat ist für uns:

Ein schützender und Regeln setzender Staat

Die CDU steht für eine freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie. Bürgerinnen und Bürger haben im digitalen Raum dieselben Rechte und Pflichten wie im analogen Raum. Das gilt beispielsweise für Persönlichkeitsrechte, wie den Schutz der Privatsphäre oder das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Hass und Hetze im Internet treten wir mit aller Entschlossenheit entgegen. Datenschutz darf dabei keinen Vorrang haben vor Opferchutz – weder im Internet noch im analogen Leben. Etablierte Modelle aus der analogen Welt sind aber häufig nicht 1:1 auf die digitale Welt übertragbar. Deshalb müssen zum einen gesetzliche Bestimmungen an das digitale Zeitalter angepasst und weiterentwickelt werden, zum anderen braucht die digitale Welt auch eigene Gesetze, wie das NetzDG, das IT-Sicherheitsgesetz oder die Mindestspeicherfristen.

Ein ermöglichender Staat

Als Partei der Sozialen Marktwirtschaft macht es sich die CDU zur Aufgabe, den freien Wettbewerb und soziales Gleichgewicht in der analogen, wie der digitalen Welt zu sichern.

Der Staat setzt dabei den Rahmen, in dem Wirtschaft und Gesellschaft regelbasiert handeln.

Deshalb kann es nicht sein, dass sich globale Internetkonzerne durch geschickte Strategien um Steuerzahlungen drücken, während der deutsche Mittelstand belastet wird. Wir brauchen weltweit eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft und ihre Prinzipien sind im digitalen Zeitalter auch nur dann erfolgreich, wenn wir ihre Instrumente intelligent anpassen: beispielsweise durch ein modernes Wettbewerbsrecht, das Antworten auf die Herausforderungen der Digitalisierung gibt. Aber auch, indem jeder Einzelne dazu befähigt wird, sich sicher und eigenverantwortlich in der digitalen Welt bewegen zu können. Dies umfasst eine Verantwortung des Einzelnen bei der IT-Sicherheit und beim Umgang mit Daten und die Ermöglichung von Datensouveränität. Daher muss der Staat die Rahmenbedingungen setzen, in denen durch die Verhinderung von Datenmissbrauch und die Gewährleistung von Transparenz der Datenverarbeitung die Nutzer ertüchtigt werden, eigenverantwortlich in einem sicheren Rechtsrahmen zu agieren. Eine Datenschutzpolitik, wie sie bei der DSGVO, der aktuell diskutierten ePrivacyVO, deren nationalen Umsetzungen und teilweise übertriebenen und uneinheitlichen Auslegungen durch die Datenschutzbeauftragten erfolgt, entspricht nicht diesem Anspruch. Deshalb sprechen wir uns im Rahmen der Evaluierung der DSGVO für eine Überarbeitung des Regelwerks aus. Dabei sollen kleinere Organisationen nicht unnötig mit bürokratischen Vorschriften belastet werden.

Ein agiler und innovativer Staat

Das Zeitalter der Digitalisierung verlangt dem Staat mehr Agilität ab, sich also in einem sich ständig verändernden Umfeld handlungsfähig zu zeigen und die eigene digitale Souveränität zu wahren. Dazu brauchen wir eine Gesetzgebung mit höheren Geschwindigkeiten, die – unter Beachtung rechtsstaatlicher Prinzipien – schnellere Reaktionen auf neue Entwicklungen ermöglicht. Wir müssen sowohl gut durchdachte Gesetze mit wesentlichen Vorgaben und Bestand entwickeln, aber auch den Mut haben, schnell zu modifizieren oder auch zu verwerfen. So kann die Nutzung von Rechtsverordnungen ein probates Mittel zur Beschleunigung von Vorhaben sein. Der schnelle Wandel in der digitalen Welt macht ein Umdenken notwendig. Das kann bedeuten, dass der Staat Innovationen mehr Freiräume

durch Deregulierung verschafft. Im Sinne der Subsidiarität sollen dabei die betroffenen gesellschaftlichen Akteure eingebunden werden. Schutzräume und Experimentierklauseln können hier hilfreich sein. Mit Blick auf die rasante und weltumspannende Veränderung durch die Digitalisierung kann das aber auch deutlich zu wenig sein.

II. Innovationsplattform: D

Daher möchten wir mit der Innovationsplattform: D einen weitergehenden Vorschlag in die Debatte einbringen. Wir wollen etwas wagen, Mut zeigen und Deutschland fit für die Zukunft machen. Wir wollen, dass der Staat künftig seine (Digital-)Dienstleistungen und -Angebote für die Bürger nicht vollständig und alleine organisiert. Vielmehr soll Deutschland zur Plattform für digitale Innovationen werden. Dazu setzen wir beim digitalen Staat auf die Bereitstellung von Schnittstellen von seiner Seite aus und auf die Innovations- und Schaffenskraft der Menschen in unserem Land. Im Mittelpunkt unserer Digitalpolitik soll das Ziel stehen, einen weiten Raum für eine Vielzahl von Akteuren, seien es Startups, seien es aufstrebende Mittelständler, etablierte Unternehmen oder Akteure der Zivilgesellschaft, zu schaffen. Wir wollen die Menschen in Deutschland, den starken IT-Mittelstand, die Startup-Gründer, die vielen Kreativen und die Ehrenamtlichen in Vereinen und Verbänden, ermutigen und befähigen, Deutschland digital besser zu machen. Dabei kann die Ehrenamtsstiftung finanziell unterstützend mitwirken. Wir setzen auf ein deutliches Mehr an Freiheit, auf den Mut Dinge zu ermöglichen und auf den Einsatz jedes Einzelnen. Wir definieren die Schnittstellen und stellen den Rahmen sicher. Wir nennen dies Innovationsplattform: D.

Wir setzen auf das neue Paradigma Open-X und den Mut, den Staat als Servicegeber zu sehen. Open-X bedeutet, dass nicht nur die Dokumentationen von IT-Projekten allgemein zugänglich sind, sondern allgemeine Standards verwendet werden und offene Schnittstellen angeboten werden. Dieses auf Bundesebene initiierte System besteht aus Verfahrens- und Rechtsvorschriften, Sicherheitsvorgaben, technischen Standards und bietet über diese Infrastruktur Daten für den Austausch mit anderen Systemen an. Diese anderen Systeme können sowohl von staatlichen Akteuren auf Landes- oder kommunaler Ebene betrieben werden, als auch vertrauenswürdigen privatwirtschaftlichen Unternehmen und freien Trägern.

Wir wollen mit diesem Schritt eine neue, zukunftssichere und wegweisende Digitalpolitik für Deutschland erschaffen. Nach unserer Vorstellung ist Deutschland im Jahr 2030 im Herzen Europas der Anker für digitale Souveränität, Fortschrittlichkeit und Garant für die Zukunftsfähigkeit in Frieden und Freiheit in der analogen wie der digitalen Welt.

Voraussetzungen und Technologien der Innovationsplattform: D Um die Innovationsplattform zum Erfolg zu führen, setzen wir auf digitale Offenheit und unternehmerische Innovationskraft sowie das richtige Zusammenspiel von Zentralität und Dezentralität. Open-X wird dabei zum neuen Leitmotiv. Dafür notwendig sind offene Schnittstellen sowie Interoperabilität bei Software, Hardware, netzbasierten Apps, bei Vergaben, bei Daten und bei Wissen.

Der Staat als „ermöglichende Institution“ setzt darauf, bürokratische Hürden für Innovationen zu reduzieren und für Innovationen Märkte für die kleineren und mittleren Anbieter zu schaffen. Er soll Startups, dem Mittelstand und subsidiären Trägern der sozialen Infrastruktur den Zugang zu und den Transfer von Technologien staatlicher Forschungseinrichtungen und -ergebnissen ermöglichen. Dies wollen wir über Regeln sicherstellen, ohne die notwendigen Anreizsysteme zu stören.

Wir setzen dabei auf digitale Technologien, u.a. auf sogenannte „Distributed Ledger Technologien“ oder die Blockchain-Technologie, um vertrauenswürdige und dezentrale Systeme aufzubauen. Diese Systeme sollen zum Einsatz kommen, wenn sie helfen, komplexe Verwaltungsprozesse zu vereinfachen, Nachvollziehbarkeit und Transparenz zu erhöhen sowie die Kosten der Verwaltung zu senken.

Künstliche Intelligenz wird als neue Schlüsseltechnologie der digitalen Welt in Deutschland massiv über Forschungsprogramme ausgebaut. Dazu wird der hierfür notwendige Zugang zu Daten vereinfacht. Wir konzentrieren uns dabei insbesondere auf die bereits vorhandenen hohen Kenntnisse im Bereich Industrie 4.0 über Automatisierungsprozesse im Maschinenbau und der Elektrotechnik. Wir wollen unsere Leistungsträger in der deutschen Wirtschaft fit machen für die kommende nächste digitale Revolutionswelle und sicherstellen, dass die globalen Standards hierfür aus Deutschland kommen. Es kommt da-

rauf an, die Gesetzgebung und Umsetzung bei digitalen Vorhaben so zu steuern, dass schnelle, agile, schrittweise – dabei notfalls kleinteilige – Veränderungen möglich sind.

Wir wollen Bürokratie auf ein Minimalmaß reduzieren, sodass der Staat schneller auf technologische Entwicklungen reagiert und so zum Impulsgeber werden kann. Durch Offenheit der Software und Datenstandards kann dabei ein Verlust wesentlicher Informationen und Funktionalitäten ausgeschlossen und neue Funktionalitäten ermöglicht werden. Insbesondere muss die Möglichkeit der Schnittstellen-Bereitstellung und einheitlicher Formate der verschiedenen Organe und Institutionen erhöht werden.

Gleichwohl wird es ohne regulierende Gestaltung nicht gehen. Eine der wichtigen Aufgaben wird es sein, ein Datengesetz zu entwickeln, das den Umgang mit nicht personenbezogenen Daten regelt. Denn diese sind für die Wertschöpfung der Zukunft im digitalen Bereich elementare Grundlage. Hierbei geht es nicht nur um die für alle Unternehmen anzustrebende maximale Rechtssicherheit, sondern auch um die Sicherstellung von ausreichendem Wettbewerb gemäß unserem Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft.

Auch die Bereiche Cyber-Sicherheit und der Schutz personenbezogener Daten sind wichtige Elemente. Neben den regulatorischen Grundlagen muss der Staat auch hier in ein Wiederherstellen der nationalen und europäischen Souveränität im Hard- und Softwaresektor investieren. Hier braucht es eine enge Zusammenarbeit der EU, der Staaten der EU und der europäischen Wirtschaft, um nicht von anderen Staaten oder international agierenden Konzernen vollkommen abhängig in der digitalen Welt zu sein.

Wir wissen, dass es große und leistungsstarke nationale Unternehmen gibt, die einen wichtigen Beitrag leisten. Gleichzeitig wollen wir durch die Anforderungen an Offenheit ein neues Feld schaffen, das die deutlich stärkere Möglichkeit zur Teilhabe und zum Aufstieg auch für kleinere Unternehmen schafft. Damit eröffnen wir den Wettbewerb um globale Digitale Champions.

Daher wird die Innovationsplattform: D mit ihrem klaren Offenheitskonzept zur Schnittstelle für die Zukunft unseres Landes im digitalen Zeitalter. Das Verständnis des Staates

als Servicegeber ist eine machbare Aufgabe, die mit guter und weitsichtiger Digitalpolitik ermöglicht wird.

Der Kern der Innovationsplattform: Die Innovationsplattform hat drei Leitprinzipien. Erstens die Konnektivität durch das Internet, zweitens Daten als erneuerbarem Treibstoff der Digitalisierung und drittens die Offenheit von Schnittstellen und die Zugänglichkeit von Daten. Wir wollen damit ein System schaffen, das auf Interoperabilität und Mut zu dezentralen Lösungen setzt. Dadurch wollen wir ein deutlich höheres Innovationspotenzial bei gleicher oder besserer Qualität für, durch und mit der Digitalisierung in Deutschland abrufen. Unser Ziel ist es, so auch die Arbeitsplätze, die Wirtschaftskraft und damit den Wohlstand in Deutschland zu sichern.

Das Internet ist ein Innovationsmotor, weil es ein offenes System ist. Der Treibstoff sind die Daten und gemeinsam entwickelte und offene Standards, offene Codes, offene Schnittstellen. Nur weil es diese Offenheit gibt, konnte das Internet als das innovativste technische Ökosystem der Menschheitsgeschichte entstehen. Dieses Modell eines offenen Innovations-Ökosystems nehmen wir zum Vorbild für unsere Strategie zur Digitalisierung von Deutschland.

Der Kern unserer Digitalcharta: Wir setzen auf den starken nationalen und europäischen Mittelstand, auf das Herz der deutschen und europäischen Wirtschaft. Er hat immer wieder gezeigt, wie Hidden Champions und Technologien aus Deutschland entstehen – das geht auch im Feld der Digitalisierung. Dazu muss sich der Staat an der sozialen Wirtschaftsordnung orientieren und nicht nur auf multinationale Großkonzerne der digitalen Welt setzen. Zur sozialen Wirtschaftsordnung gehört für uns dabei auch der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der digitalen Wirtschaft. Mittelstands- und Startup-Freundlichkeit sowie digitale Souveränität aus Deutschland und Europa sind die Basis unserer durch Offenheit geprägten Digitalstrategie.

- **Mittelstand und Startups zuerst**

Deutschlands Stärke sind die vielen kleinen und mittleren Unternehmen und die innovativen Startups. Wir setzen bei der Digitalisierung Deutschlands primär darauf, dass Mittelstand, Startups und die innovativen Unternehmen im Vordergrund stehen und hierbei die

Offenheit zur Realisierung innovativer Ideen als Leitmotiv fungiert. Wir fördern die etablierten Unternehmen und Startups, die sich konsequent dieser Idee verschreiben und Interoperabilität ohne Hürden ermöglichen. Bund, Länder und Kommunen werden dabei zum ersten Kunden, um nicht nur finanzielle Förderung zu geben, sondern digitalen Innovationen Marktkraft und Glaubwürdigkeit mitzugeben.

- **Wir fördern die Jungen, Kreativen und Wilden**

Das ständige Herausfordern bestehender Modelle und Techniken ist das Wesen der Innovation. Die Jungen, Kreativen und Wilden, die etablierte Lösungen mit Digitalisierung herausfordern, müssen dies im Rahmen unserer föderalen Ordnung tun können. Wir setzen auf Wettbewerb und schaffen einen Rahmen, in dem jeder mit seinen Ideen die etablierten Unternehmen herausfordern kann – egal ob Mittelstand, Startup oder freier Entwickler. Hierzu werden Bund, Länder und Kommunen Ausschreibungen flexibler gestalten, digital einfacher zugänglich machen sowie als Plattform Raum für neue Angebote bereitstellen.

- **Offenheit als Standard**

Die offenen und gemeinsam entwickelten Standards des Internets und die offenen Schnittstellen sind die Prinzipien, die wir für die Digitalisierung Deutschlands heranziehen. Nur durch Offenheit entsteht Wettbewerb, nur durch Offenheit können neue Akteure im Wettbewerb die Platzhirsche herausfordern. Deshalb gilt künftig für alle (öffentlichen) Digitalisierungsprojekte in Deutschland: Auftragsvergabe und Förderung sind an die Einhaltung der Prinzipien Open-Source und offene Standards gebunden. Durch öffentliche Mittel finanzierte Software soll allen Bürgern dienen. Zusätzlich sollen freie und offene APIs den Zugang für unabhängige Entwicklungen erleichtern. Deutschland stellt staatlich erhobene Daten ebenso wie die seiner Behörden und Tochterunternehmen als Open Data (mit hoher Datenqualität und in maschinenlesbarer und -nutzbarer Form) über einen kostenlosen Service zur Verfügung, hierbei ist stets auf den Schutz der persönlichen Daten der Bürger zu achten.

Diese Offenheit verschiedener digitaler Komponenten wird als „Open-X“ bezeichnet. Nach diesem Prinzip sollen zukünftig alle Digitalprojekte des Staates funktionieren und in einem sogenannten „Open Public Repository“ veröffentlicht werden.

- **Wettbewerb und Bürgerzentriertheit als Leitbild**

Wir wollen bei öffentlichen Digitalprojekten mehr Wettbewerb und setzen dazu auch auf Bezahlmodelle pro Klick bzw. je nach Nutzung durch den Bürger. Es wird im Sinne einer offenen Plattform der Rahmen geschaffen, damit vielfältigere Angebote entstehen und in Wettbewerb zueinander treten können. In diesem Zusammenhang werden wir die Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie praktikabel und nutzerfreundlich halten. Wir wollen, dass etwa im Rahmen des DigitalPakt: D Lernangebote auf einer offenen Plattform gegeneinander antreten und die Bezahlung anhand der Zahl der Abrufe erfolgt und nicht mehr pauschal und ohne entsprechende Ergebniskontrollen. Angebote und Umsetzungen, die einen hohen Zuspruch finden, werden höher vergütet.

So stellen wir sicher, dass die Nutzerorientierung, der sich viele der erfolgreichsten Digitalunternehmen verschrieben haben, auf das digitale Verhältnis zwischen Staat und Bürger übertragen wird. Bürgerzentriertheit, der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt der digitalen Welt, ist unsere künftige Maxime für die staatlich betriebene Digitalisierung.

- **Staat als Motor für neue Geschäftsmodelle**

Innovative digitale Geschäftsmodelle brauchen Raum zur Entwicklung. Der regulatorische Rahmen darf diese Entwicklungen nicht unterbinden. Wir starten eine Initiative, um bürokratische Hürden für digitale Innovationen systematisch und strukturiert abzubauen. Forscher, Unternehmer, Startups, Sozialpartner, zivilgesellschaftliche Akteure und Bürger sind aufgerufen sich einzubringen und konkreten Handlungsbedarf sowie Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten in diesem Bereich zu benennen.

Der Staat setzt darüber hinaus in seiner Strategie im öffentlichen Beschaffungswesen zukünftig konsequent auf Innovation und wettbewerbliche Verfahren. Wir starten eine Initiative, um künftig bei der (Neu-)Beschaffung den Staat zum Motor für neue Technologien zu machen, wenn diese sich als robust und technisch fortschrittlich erweisen.

- **Digitalisierung als eigenständiges Ressort und Kompetenz für IT auf jeder Leitungsebene**

Um die wegweisenden Entscheidungen treffen zu können, braucht es ein Digitalministerium als ranggleiche Einheit innerhalb der Bundesregierung. Zudem braucht es entspre-

chende Kompetenzträger in den Ministerien, auf Bundes- und Landesebene und in den Kreis- und Rathäusern, die mit Durchsetzungsmacht ausgestattet sind. Die Kompetenz zur Steuerung von IT-, Netz-, Daten- und Digitalprojekten muss daher auf Ebene der Staatssekretäre in jedem Ministerium verankert und gebündelt werden. Auf Ebene des Bundestages ist die Stärkung des Ausschusses Digitale Agenda erforderlich. Dieser benötigt federführende Kompetenzen. Dabei kann digitale Transformation nur gelingen, wenn Führungskräfte auf allen Ebenen Treiber und Unterstützer der Digitalisierung sind. Der entsprechenden Führungskräfteentwicklung und -fortbildung kommt daher eine wichtige Rolle zu. Ein wichtiger Erfolgsfaktor bei der Digitalisierung der Verwaltung sind neben den Führungskräften die Beschäftigten, die die Digitalisierung gestalten und umsetzen. Die Ausbildung und Gewinnung von Fachpersonal sowie die Weiterbildung vorhandenen Personals muss daher einen hohen Stellenwert haben. Neben IT-Kompetenzen sind auch Managementkompetenzen z.B. in den Bereichen Projekt-, Prozess- und Change Management sowie der Organisationsentwicklung von Bedeutung. Dazu müssen entsprechende Bildungs- und Weiterbildungsangebote gemacht werden. Ziel muss es insgesamt sein, Digitalisierungskompetenzen nachhaltig innerhalb der Verwaltung sowie bei den subsidiären Partnern aufzubauen und wertzuschätzen.

- **Agilität im Regierungsprozess**

Die Digitalisierung steht im Spannungsfeld zwischen immer kürzeren Innovationszyklen moderner Technologien, die eine hohe Agilität erfordern und der Erwartungshaltung der Bürger, dass der Staat Planbarkeit und Sicherheit gewährleistet. Während Brücken und Straßen früher mehrere Jahre geplant und gebaut und dann jahrzehntelang betrieben wurden, sind digitale Systeme bereits nach wenigen Jahren veraltet. Daher müssen andere Mechanismen gefunden werden, um den Anspruch der Verlässlichkeit mit der Notwendigkeit der Agilität und Geschwindigkeit zu vereinen.

So wie wir für die analoge Welt erkannt haben, dass Planfeststellungsverfahren wieder vereinfacht werden müssen, gilt dies auch und erst recht für die Umsetzung von digitalen Projekten. Hier braucht es Mechanismen wie bei Startups. Das bedeutet: Ideen müssen schnell getestet, dann klar analysiert und im Zweifelsfall angepasst werden. Die Verkürzung des Instanzenweges und die Wiedereinführung der Präklusion sollen diese Agilität unterstützen.

- **Sandboxing – Üben und lernen im digitalen Sandkasten**

Daher wollen wir den in der Wirtschaft mittlerweile etablierten Ansatz des „Sandboxing“ auf Politik und Verwaltung übertragen. Dabei kommen Ideen zunächst schnell in eng begrenzten Bereichen in die Anwendung – auch wenn die entsprechenden Lösungen noch nicht fertig entwickelt und getestet sind. Von diesen sogenannten „Sandboxes“ aus wird das Angebot dann schrittweise in der Fläche ausgerollt – angefangen bei freiwilligen Benutzergruppen – mit dem Ziel, ein hohes Maß an Akzeptanz zu erreichen.

Wenn der Staat die Chancen von digitaler Bearbeitung und KI nutzen will, müssen Gesetze und Verordnungen so geschrieben sein, dass – soweit möglich und sinnvoll – eine automatisierte Bearbeitung der Regelungsgegenstände von Anfang an mitgedacht wird. Dies bietet die Chance, Systeme besser aufeinander abzustimmen und mehr Rechtsklarheit, Vergleichbarkeit, Schnelligkeit und Transparenz zu erreichen. Dies hat einerseits einen enormen gesellschaftlichen Mehrwert, andererseits setzt es gleichzeitig auch enorme Ressourcen frei, die für andere Aufgaben des Staates genutzt werden können.

- **Dezentralität als Stärke des verteilten Systems Staat**

Will der Staat bisher Lösungen etablieren, wird häufig nach dem Prinzip von Zuständigkeiten entschieden. Eine Wettbewerbskomponente, bspw. zwischen den Bundesländern, findet eher selten statt. Der IT-Planungsrat koordiniert zwar, forciert aber nicht die besten Lösungen in der digitalen Welt schnell zu öffnen. Dies sorgt dafür, dass die Systeme sehr lange getestet werden, bedeutet aber im Umkehrschluss einen Innovationsstau, wenn sich zum Beispiel Schlüsseltechnologien weiterentwickeln. Am Beispiel der KI sieht man heute schon, dass es für den eGovernment-Bereich kaum gute Lösungen aus Deutschland oder Europa geben wird, bzw. es bisher auch keine Impulse zur Entwicklung ebensolcher gab. Deshalb muss der Staat diese Entwicklungen schneller antizipieren und als Impulsgeber auch in eigener Sache Projekte initiieren. Hierzu wollen wir eine enge Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, um unterschiedliche Projekte auf unterschiedlichen föderalen Ebenen zu starten, zu testen und zum Erfolg zu führen. Es darf nicht sein, dass dritte, häufig nicht-europäische Staaten oder Unternehmen aus diesen Ländern nahezu alle Standards in der digitalen Welt setzen, nur weil sie schneller sind. Dazu ist die Nutzung der dezentralen Struktur unter gleichzeitig verstärktem, zentralen Monitoring und

der Sicherstellung des Open-X-Prinzips von oberster Bedeutung. Mit der Innovationsplattform: D erreichen wir das.

III. Was durch die Innovationsplattform: D besser werden kann

Um die Innovationsplattform: D erlebbar zu machen, geben wir konkreten Bereichen Vorrang, in denen wir Deutschland in den nächsten Jahren konsequent voranbringen wollen: im eGovernment, im Bereich der digitalen Bildung und Weiterbildung aber auch beim guten Leben im Alter, im Gesundheitswesen, bei Smart Cities, Datenschutz und -sicherheit sowie in Forschung und Wissenschaft. Hier wollen wir für alle Bereiche konkrete zeitliche Ziele für die Umsetzung entwickeln.

eGovernment

Alle staatlichen und öffentlichen Leistungen sollen jederzeit, überall und über alle digitalen Zugänge als digitale Serviceleistungen erreichbar bzw. verwendbar sein. Diesen Anspruch stellen wir generell an die Verwaltungsservices der Zukunft. Die Grundlagen hierfür wurden bereits mit der Änderung des Grundgesetzes und dem Onlinezugangsgesetzes gelegt.

Unsere Vorstellung: Der Staat agiert als proaktive Plattform mit Rechtssicherheit. Über offene Schnittstellen sollen Firmen, Startups aber auch Open Source Entwickler attraktive Lösungen für den Staat und seine Bürgerinnen und Bürger gestalten.

Denn der Staat übernimmt sich bei den großen Digitalisierungsprojekten häufig, weil zu komplexe Lösungen am digitalen Reißbrett entwickelt werden. Wir setzen künftig darauf, dass sich der Staat darauf konzentriert, die Infrastruktur und den Rahmen zu gestalten, um dann offen für kleine und agile Lösungen zu sein.

Das erfolgreiche Vorbild dabei ist die Finanzverwaltung: Mit der Steuererklärungssoftware ELSTER ist eine Schnittstelle definiert und die darunter liegende Technikinfrastruktur durch den Staat aufgebaut worden. Die Endnutzerlösungen entstehen im Wettbewerb durch den IT-Mittelstand. Ermöglicht haben dies die offenen digitalen Schnittstellen, die seitens der Verwaltung zur Verfügung gestellt wurden. Auf die gleiche Art und Weise funktioniert das eRezept, das im kommenden Jahr eingeführt werden wird. Die Schnittstellen werden definiert, die besten Endnutzerlösungen entstehen im Wettbewerb. Das ist künftig das Grundprinzip für die IT-Projekte in Deutschland!

Um agiler bei der Einführung neuer Systeme zu sein, soll der elektronische Personalausweis universelles Authentifizierungsmedium mit einer Schnittstelle zu anderen Diensten werden. Er soll bei Zustimmung der Nutzer auch Führerschein, BahnCard, Nahverkehrsausweise und zahlreiche andere von staatlichen oder öffentlichen Stellen herausgegebene Authentifizierungskarten ersetzen. Damit werden zahlreiche öffentliche Stellen davon entlastet, ihre Nutzer selbst zu identifizieren, das Vertrauensniveau wird verbessert und Innovationen können schneller eingeführt werden, indem nicht erst Millionen spezifischer Karten aufwändig produziert und ausgetauscht werden müssen. Über die offene Schnittstelle

soll der ePersonalausweis zudem auch eine pragmatische und datenschutzfreundliche Alternative zu den Authentifizierungsdiensten von den derzeitigen SocialMedia-Plattformen werden. Die Umsetzung soll in einem offenen Ansatz unter breiter Beteiligung der Akteure der Internetwirtschaft erfolgen, die Akzeptanz dieser Authentifizierung wird gesetzlich verankert. Wir werden die Vernetzung zwischen unseren Behörden stärken, eine allgemeine Schnittstelle zwischen Staat und Bürgern einführen, ein Dateneinmalgesetz schaffen und ein Datenversprechen geben. Die Schnittstellen sollen den Datenaustausch innerhalb der Behörden einfacher gestalten. Mit dem Datenversprechen wollen wir Transparenz schaffen und Bürgern die Möglichkeit bieten, einzusehen wer wann und warum Datenzugriff hat. Zur Transparenz der Datennutzung gehört im Datenversprechen auch die Versicherung der Datensicherheit, sodass das Vertrauen in den Staat gestärkt wird. Damit entwickeln wir das estnische Modell auf einer dezentralen Basis weiter.

Digitale Bildung und digitale Weiterbildung

Jedes Kind, jeder Jugendliche soll lernen, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Wir wollen Lust auf Berufe in der IT und deren Anwendung in vielen Lebensbereichen machen. Ebenso braucht es dynamisches Wissen, um mit den Problemen, Gefahren und Risiken im Netz und auf digitalen Diensten souverän umzugehen. Mit dem DigitalPakt#D ist eine erste Basis geschaffen, diese Ziele finanziell zu unterstützen. Dabei muss der Inhalt im Vordergrund stehen. Wir setzen auf offene Plattformen, um den Markt für digitale Lerninhalte zu öffnen. Bei der Entlohnung der Anbieter für ihre Angebote sollen auch Abruf- und reale Nutzungszahlen eine wichtige Rolle spielen – und nicht ineffektive Rahmenverträge im Vorfeld. Die frei zugänglichen Lern- und Lehrmaterialien (Open Educational Resources [OER]) für Schulen, Aus-, Weiter- und Fortbildung sowie Studium werden ausgebaut und die Lehrpläne auf digitale Bildungsinhalte, die gleichberechtigt behandelt werden, angepasst. Dabei muss die fachliche und inhaltliche Qualität digitaler Lern- und Lehrangebote genauso wie bei analogen Angeboten gewährleistet sein. Digitale Bildungsangebote werden vor dem Hintergrund vermittelt, dass der Auftrag von Schule über die Vermittlung von Wissen weit hinausgeht. Junge Menschen brauchen Werte und soziale Tugenden, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Digitale Bildung und digitale Weiterbildung sind auch eine Ergänzung zum Lernen in der analogen Welt, in der Dinge im wörtlichen Sinne "begriffen" werden können.

Aber: Programmierer wird meistens nur, wer spätestens mit Eintritt in eine weiterführende Schule beginnt zu coden. Unsere Schulen haben derzeit einen Mangel an dafür ausgebildeten Lehrkräften. Daher müssen wir in die Fortbildung der Multiplikatoren investieren. Das heißt konkret, dass die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern im Rahmen der digitalen Bildung des DigitalPakt: D erweitert und besser finanziert werden muss. Neben der Weiterbildung sollte auch die Wirtschaft mit einbezogen werden. Wir halten es für sinnvoll, dass in Schulen auf Experten aus Wirtschaft und Startups zurückgegriffen wird, um digitale Themen zu erläutern und zu vermitteln.

Lebenslanges Lernen wird künftig zur obersten Maxime. Weiterbildung wird individuell, modularisiert und kontinuierlich erfolgen. Mit MILLA (Modulares Interaktives Lebensbegleitendes Lernen für Alle) hat die CDU bereits eine Plattform vorgeschlagen, die es ermöglicht, die Vielzahl der Angebote und Anbieter darzustellen, zu vernetzen und zu integrieren. Dem Leitgedanken der Innovationsplattform: D trägt dieser Ansatz Rechnung, das Potenziale der vielen innovativen Bildungsanbieter und -nutzer zu heben. Das macht unser Land zur Wissenstransfer- und Weiterbildungsrepublik für alle, in allen Bereichen und ein Leben lang. Unter den Bedingungen der digitalen Transformation sollen gleichberechtigte Entwicklungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen von Frauen am Arbeitsmarkt gefördert werden.

Gutes Leben im Alter

Die Menschen werden immer älter und digitale Technologien helfen dabei besser, sicherer und komfortabler im Alter zu Hause zu leben. Ob es um automatisierte Notrufe von zu Hause geht, Roboter als Assistenz zu Hause oder in Pflegeheimen oder um Apps, die eine erste Orientierung ohne Pflegekraft ermöglichen: Wir setzen auf Ankerkäufe von Innovationen.

Dabei sollen Startups und der Mittelstand über die Innovationsplattform: D eingeladen werden, ihre Lösungen den Nutzern über diese Plattform zur Auswahl zu stellen. Statt auf zentrale Systeme setzen wir auf agile und dezentrale Lösungen per Blockchain und ePersonalausweis.

Dabei muss das gesamte Ökosystem konsequent innovationsfreundlich ausgerichtet werden. Bestehende Regulierungshürden sind abzubauen. Auch im Bereich der Robotik und KI wollen wir Impulse und Anregungen für die Entwicklungen in der ambulanten Pflege bieten, damit der Pflegenotstand in Deutschland mit bezahlbaren und verfügbaren Angeboten schneller überwunden und die Arbeitsbedingungen in der Pflege durch die Unterstützung erleichtert werden.

Das Sozialgesetzbuch verpflichtet öffentliche Leistungsträger schon heute, die erforderlichen Dienste in zeitgemäßer Weise zur Verfügung zu stellen und in der Zusammenarbeit mit gemeinnützigen und freien Einrichtungen und Organisationen zum Wohl der Leistungsempfänger zusammen zu wirken. Diese Anforderung ist in der Gestaltung der Innovationsplattform: D weiter zu verfolgen. Digitale Erreichbarkeit sozialer Infrastruktur muss gerade für Alte und Kranke, Menschen mit Behinderung und anderen Teilhabers Risiken auch dadurch gewährleistet werden, dass die gemeinnützigen und freien Träger umfassen in die Digitalstrategie eingebunden werden.

Innovationsfeld Gesundheit

Digitale Medizin kann die Gesundheitsversorgung qualitativ verbessern, effektiver und effizienter machen. Gleichzeitig kann hierbei ein gewichtiger Wirtschafts- und Industriezweig für den Standort Deutschland entstehen. Wir wollen nicht warten, bis internationale Großkonzerne diesen Markt übernehmen. Wir wollen selbst das innovative Umfeld schaffen, in dem Weltmarktführer entstehen.

Die ersten Schritte sind getan. Ab 2020 startet das eRezept und die Erstattung digitaler Anwendungen durch die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) soll zum Standard werden. Digitale Medizin wird Teil des Alltags der Menschen. Sensorik und Verknüpfung mit digitalen Anwendungen (Apps) werden in Zukunft ganz selbstverständlich Patienten bei Vor- und Nachsorge unterstützen, oder Ärzten helfen, ihre Behandlungen besser zu machen und eine flächendeckende medizinische Versorgung sicherzustellen. Die Einführung der elektronischen Patientenakte in 2021 gibt allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu ihren Daten und legt die Grundlage für die Medizin von morgen.

Im nächsten Schritt wollen wir das Potenzial von Daten für die Heilung noch stärker nutzen. Gute und umfangreiche Datensätze werden entscheidend dazu beitragen, bestehende Behandlungsmethoden zu verbessern und neue zu entwickeln. Der Kampf gegen Krebs oder Demenz wird ohne Daten und die auf ihnen basierende KI nicht zu gewinnen sein.

Dafür müssen Daten im Gesundheitssystem – unter Berücksichtigung des Schutzes personenbezogener Daten – erstens frei fließen. Offene Schnittstellen müssen für Anbieter von Medizinprodukten und Softwarehersteller selbstverständlich, zur Not staatlich vorgegeben werden. Dies schafft Freiraum für Innovation. Zweitens müssen wir die Datenspende ermöglichen und so Zugang zu anonymisierten Gesundheitsdaten schaffen. Diese sind die Grundlage der medizinischen Durchbrüche von morgen. Das neu eingeführte Forschungsdatenzentrum schafft eine wichtige Grundlage für Forschung und Fortschritt in Deutschland.

Für den Einsatz von Anwendungen der KI ist der Gesundheitsbereich prädestiniert. Bei der Analyse von Röntgenbildern, MRTs, CTs und in vielen anderen Bereichen kann KI behandelnde Ärztinnen und Ärzte unterstützen und die Diagnostik revolutionieren. Hier legen wir die Grundlage für die Akzeptanz neuer Technologie, da der konkrete Nutzen für die Menschen hier nachvollziehbar ist. Deshalb wollen wir einen Schwerpunkt zukünftiger KI-Mittel auch für den Gesundheitsbereich einsetzen.

Smart Cities, Smart Rural Areas und digitale Metropolregionen

Digitale Städte und Gemeinden brauchen ein neues Betriebssystem mit viel mehr offenen Schnittstellen als bisher, um mit den wachsenden Herausforderungen und den gestiegenen Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger umgehen zu können. Im Rahmen der Innovationsplattform: D braucht es dabei geeignete Anreizsysteme nicht nur für die Großstädte, sondern einen konsequenten Ausbau der digitalen Angebote der kleineren und mittleren Städte sowie passende Angebote für Gemeinden im ländlichen Raum.

Der Lastenausgleich muss dabei nicht mehr allein in finanziellen Dimensionen stattfinden – auch der Austausch von Wissen und digitalen Lösungen kann zum Schlüsselfaktor für Deutschland werden. Dabei sollen alle Lebensbereiche betrachtet werden. Die smarte digitale Stadt/Gemeinde/Region ist ihr eigener Motor: Sie schafft durch ihre ständige Weiter-

entwicklung Chancen für fortwährende Entwicklung. Neue Berufe und Berufsfelder, bessere Sicherheit, eine bürgernahe soziale Infrastruktur, eine saubere Umwelt und nachhaltige Mobilität sind Folgen dieser selbstständigen Weiterentwicklung.

Smart Farming

Mit der Digitalisierung und der Landwirtschaft treffen hochkomplexe Systeme aufeinander. Wir wollen digitale Technologien für eine nachhaltige Produktion im Agrarbereich weiter fördern. Zu diesem Zweck sollen in landwirtschaftlichen Betrieben unterschiedliche technische Lösungen und Produkte im Zusammenspiel erprobt und bewertet werden. Dabei werden verschiedene Bereiche – vom Weinbau bis zur Tierhaltung – abgedeckt. Spezialisten aus der Praxis, von den Landtechnikherstellern, aus der Softwareentwicklung, von Dienstleistern, von der Beratung und der Forschung werden intensiv zusammenarbeiten, um die Digitalisierung in der Landwirtschaft zügig voranzutreiben.

Der größte Nutzen von Smart Farming wird durch die potenzielle Steigerung der Nachhaltigkeit der Produktivität sowie durch die Arbeitszeiteinsparung und -erleichterung gesehen.

Die Nutzung mittels Satelliten gewonnener Daten ist in der Landwirtschaft bereits weit vorangeschritten. Etwa die Hälfte der heute produzierten Mittelklassetraktoren ist bereits mit einem Satellitennavigations-Empfänger ausgestattet. Hierdurch lassen sich Betriebsmittel präzise und ohne Überlappung auf oder in den Boden bringen.

Voraussetzung für viele Anwendungen ist die digitale Infrastruktur. Die neuen Maschinen besitzen fast alle Mobilfunkanschluss und deswegen brauchen wir heute 4G und perspektivisch auch 5G an jeder Milchkanne und in jeder Ackerfurche.

Gerade in den ländlichen Räumen gibt es hier nach wie vor viele Lücken, die die Landwirtschaft in ihren Möglichkeiten der digitalen Anwendungen ausbremst. Benötigt wird eine digitale Grundversorgung flächendeckend und nicht nur haushaltsbezogen! Ergänzend wollen wir mit lokalen Frequenzen die Möglichkeit schaffen, bestehende Lücken zu schließen und so digitale Anwendungen umzusetzen.

Digitaler Transformationsprozess im Energiesektor

Eine wettbewerbsfähige und verlässliche Energiewende ist auf ein innovatives und digitales Energiesystem angewiesen. Der Wandel hin zu immer mehr dezentraler, volatiler und erneuerbarer aber weiterhin bedarfsgerechter Stromerzeugung verlangt ein immer höheres Maß an Flexibilität. Nur ein digitales Energiesystem kann die dafür nötigen Koordinationsfunktionen bereitstellen und so zu mehr Effizienz beitragen.

Speicherlösungen, Stromnetze auf allen Spannungsebenen, Fernglasleitungen, Energiemanagement, Smart Home und Smart Mobility, Smart Meter und andere Messsysteme sowie Aggregatoren sind nur einige Anwendungsbereiche für die Digitalisierung im Energiebereich. Es gilt, mithilfe der Echtzeitdatenkommunikation Effizienz und Flexibilität zu stärken und die Chancen für Innovationen und Investitionen sektorenübergreifend zu nutzen.

Zentrale Stellschraube zur Erreichung eines Energiesystems der Zukunft sind die digitale Infrastruktur, die neue IT-basierte Gestaltungsoptionen schafft, und die Anpassung des Regelrahmens.

Datenschutz und -sicherheit

Die Regulierung des Datenschutzes basiert zentral darauf, dass Nutzer der Verarbeitung ihrer Daten zustimmen. Was früher ein plausibles Konzept war, funktioniert heute nicht mehr. So haben Nutzer häufig de facto gar keine Wahl mehr, wenn es um Anwendungen geht, die für ihre gesellschaftliche Teilhabe unerlässlich sind. Hinzu kommt, dass etwa das unentwegte Einblenden von sogenannten Cookie-Fenstern auf jeder Website die Nutzer nicht nur nervt; es ist zudem keine Hilfe und demonstriert eher die Hilflosigkeit aktueller Regulierung.

Wir setzen uns für einen Dialog ein, um neue Instrumente des Datenschutzes zu entwickeln. Auch hier hilft das Prinzip der offenen Schnittstellen. So bringen wir zwei konkrete Modelle in diesen Prozess ein: einerseits, indem Daten nicht mehr bei Anbietern, sondern auf einer vom Nutzer verwalteten Datenbank gespeichert werden und Zugriffsrechte jederzeit gewährt und vom Nutzer wieder entzogen werden können. Andererseits, indem eine offene Schnittstelle bei allen Anbietern verpflichtend wird, über die Nutzer ihre dort gespeicherten Daten automatisiert verwalten können.

Forschung und Wissenschaft

In der digitalen Welt haben wir sehr lange den Entwicklungen in Nordamerika und in jüngerer Zeit in Asien, insbesondere in China eher zugeschaut, als selber digitale Kompetenzen und Souveränität aufzubauen. Es mutet schon paradox an, dass heute die weltbesten KI-Forscherinnen und -Forscher vielfach aus Deutschland kommen, andere aber die Standards setzen, mittels viel Geld und die Nutzung von Realdaten. Wir müssen daher in der Forschung und Wissenschaft das Open-X-Prinzip nicht nur verankern, sondern auch geeignete und anreizkompatible Transfersysteme erschaffen.

In der Forschung müssen in den nächsten Jahren all jene Digitalisierungsprojekte Vorrang genießen, die mithelfen, die faktischen Standards unter Wahrung unserer europäischen Werte und freiheitlichen Grundprinzipien zu sichern und im besten Falle zu exportieren.

IV. Unser Ausblick auf das digitale Deutschland 2030

Unsere Perspektive ist zukunftsgerichtet. Mit Optimismus und Gestaltungswillen entwickeln wir gemeinsam eine Vision für unser Land 2030 und darüber hinaus. Dabei haben wir im Blick, dass die Digitalisierung Einfluss auf alle Bereiche unseres Lebens hat: Ökonomie, Ökologie, Mobilität, Wohnen, Leben, Arbeiten, Familie, Kommunikation, Kultur und vieles mehr. Die Veränderungen durch Digitalisierung erfolgen dabei schnell. Aber ihre Auswirkungen sind in unserer Gesellschaft häufig tiefgreifend und damit langwierig. Künftig wollen wir dies stärker bei politischen Prozessen und Ressourcenplanung berücksichtigen. Zusätzlich zum Wahlprogramm für die jeweils kommende Legislaturperiode werden wir daher künftig eine Zukunftsagenda aufstellen, die deutlich über die Wahlperiode hinausgeht. Dazu braucht es auch einen Zukunftshaushalt, den wir nach Zielen gestalten, nicht nach Ressorts.

In den vergangenen Jahren sind viele digitale Bereiche effektiv gefördert worden. Dies gilt es beizubehalten und zu stärken. Wir sprechen uns dafür aus, neben der KI-Offensive auch ein gleichwertiges Programm für die Blockchain Technologie aufzusetzen, um hier effektiv die Entwicklung zu stärken und eine entscheidende internationale Rolle in diesem Bereich zu spielen. Mit rund 12 000 Beschäftigten und einem Umsatz von 4,4 Mrd. Euro im Jahr 2018 gehört die Games-Branche zu einer weiterhin wachsenden Industrie in Deutschland.

Damit dies so bleibt und wir zu einem konkurrenzfähigen Akteur im internationalen Vergleich werden können, sprechen wir uns für die Beibehaltung und den Ausbau des Games-Fonds aus.

Unsere Perspektive hat digitale Innovationen und technischen Fortschritt im Blick, um Herausforderungen zu meistern. Hier sehen wir den Schlüssel, um Mobilität, Gesundheitsversorgung, Bildung, Zusammenleben und Klimaschutz zu verbessern, die Distanz zwischen Stadt und Land nicht größer werden zu lassen und länger selbstbestimmtes Leben im Alter auf hohem Niveau zu ermöglichen. Wir fördern digitale Schlüsseltechnologien, wie Künstliche Intelligenz, Blockchain oder Quantencomputing, um sowohl unseren Wohlstand als auch unsere Wettbewerbsfähigkeit von morgen zu sichern. Über die digitale Bildung wollen wir dabei das Aufstiegsversprechen auch in der digitalen Welt erneuern und verstärken.

Unsere Perspektive ist global, der Weg aber europäisch. Wir leben in einer dynamischen, sich schnell ändernden Zeit. Gerade im digitalen Bereich preschen China und die USA mit einer ungeheuren Dynamik voran. Das ist das Umfeld, in dem wir als Deutsche und Europäer unsere Digitalpolitik gestalten. Und dabei wird schnell deutlich: Wenn wir unsere Werte – wie Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit und individuelle Freiheit verteidigen wollen, müssen wir unsere Strukturen so anpassen, dass sie Schritt halten können mit der Dynamik im Digitalen. Und wir müssen in Europa stärker das Wesentliche vorantreiben. Das erfordert auch mutige Reformen. National wie europäisch. Wir wissen auch, dass die digitale Souveränität im Rahmen und durch den zu schaffenden digitalen Binnenmarkt erreicht werden kann. Wir brauchen einen eigenen deutschen und einen eigenen europäischen digitalen Weg.